

Schulpolitik im ländlichen Raum

Aufgrund des demographischen Wandels und der zurückgehenden Schülerzahlen werden einige Schulstandorte im ländlichen Raum in wenigen Jahren in ihrer Existenz bedroht sein. Diese Entwicklung wird sich auch im Kreis Borken bemerkbar machen. Die CDU im Kreis Borken stellt sich den neuen Herausforderungen, um möglichst viele Schulen in unserem ländlichen Raum zu erhalten.

Ziel ist, ein attraktives Modell für unsere Region zu halten und auf neue Herausforderungen zu reagieren.

Gemeinsam mit den Schulträgern soll im Land ein passgenaues und differenziertes Konzept entwickelt werden. Hier ist vor allen Dingen auf Qualität, Flexibilität und besondere örtliche Belange zu achten zum Wohle und Vorteil unserer Kinder. Dieses Papier soll ein Diskussionsbeitrag aus Sicht des ländlichen Raums für die Beratungen der CDU Nordrhein-Westfalen sein, die sich in 2011 zu dieser Thematik positionieren wird.

Folgende Eckpunkte sind aus unserer Sicht zu berücksichtigen:

1. Über die Förderung der Kinder im vorschulischen Bereich muss erneut nachgedacht werden – vor allem im Hinblick auf das letzte Kindergartenjahr. Ziel muss es dabei sein, allen Kindern, besonders den noch nicht Schulfähigen, den Übergang zur Regelschule durch ein gutes Übergangsmanagement zu erleichtern. Gesichertes Ergebnis der Bildungs- und Lernforschung ist, dass frühes Lernen nachweisbare Erfolge hat, insbesondere auch dann, wenn es darum geht, Erziehungs-, Lern- und Sprachdefizite auszugleichen. Die CDU im Kreis Borken befürwortet ein beitragsfreies Lernjahr, das dem bisherigen ersten Grundschuljahr in Kooperation von Kindergarten und Schule vorangestellt ist.
2. Die vierjährige Grundschule hat sich bewährt. Es gibt keine hinreichenden wissenschaftlichen Erkenntnisse, dass ein längeres gemeinsames Lernen den einzelnen Schüler in seiner Entwicklung besser fördert.

3. Es gilt für uns das Prinzip „kurze Wege für kurze Beine“ gerade für Grundschulen besonders, sie müssen wohnortnah zu erreichen sein. Bei zu kleinen Schulen sind Schulverbände sinnvoll.
4. Eine Differenzierung in die jeweilige Schulform sollte weiterhin entsprechend der Grundschulgutachten ab Klasse 5 stattfinden. Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Schulempfehlung der Grundschule auf qualifizierter Grundlage auch weiterhin zunächst verbindlich ist. Eltern sollen bei anderweitigen Schulwünschen das Recht haben, durch eine Erprobung des Kindes durch die gewünschte Schule eine Abweichung von der Empfehlung durchsetzen zu können.
5. Auch ein zweigliedriges Schulsystem schafft alle Möglichkeiten zur Differenzierung und damit zur besseren Durchlässigkeit und Flexibilität, so dass den individuellen Problemen und Neigungen der Schüler im Sinne einer optimalen Förderung Rechnung getragen werden kann. Neben dem Gymnasium könnte sich so als weitere Schulform eine Verbund- bzw. Mittelschule heraus bilden. Die bestehenden gut funktionierenden Haupt- und Realschulen sollen, so lange es von den Beteiligten vor Ort gewünscht wird, eigenständig erhalten bleiben können.

6. Berufskollegs sind gerade im ländlichen Raum eine anerkannte und vielfach genutzte Alternative zur gymnasialen Oberstufe und zum Erwerb der Hochschulreife. Sie müssen in ihrem Bestand gesichert bleiben. Die CDU im Kreis Borken setzt sich dafür, dass auch die Abschlüsse des Fachabiturs an berufsbildenden Schulen künftig in der Landesstatistik der Abiturzahlen berücksichtigt werden.

7. Um eine individuelle Förderung für unsere Kinder zu gewährleisten, sind kleinere Klassen zu bilden, um die beste Möglichkeit für guten Unterricht mit qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern an den Schulen zu schaffen.

8. Schulen müssen in ihrer Selbständigkeit und Individualität gestärkt werden. Durch Profilbildung zu Angebotsvielfalt und Qualitätswettbewerb – das sollte die Zukunft sein. Die Einzugsbereiche bleiben abgeschafft.

9. Dem bevorstehenden Lehrermangel in ländlichen Regionen muss entgegengewirkt werden. Die Kreativität der Kommunen ist hier auch gefragt, um den angehenden Lehrerinnen und Lehrern die

Attraktivität des ländlichen Raumes zu verdeutlichen. Neben dem bestehenden Vertretungspool sollte auf freiwilliger Basis ein Vertretungspool durch ehemalige Lehrerinnen und Lehrer geschaffen werden.

10. Das Thema Inklusion wird in den kommenden Jahren an Bedeutung zunehmen. Die CDU im Kreis Borken spricht sich für eine qualifizierte individuelle Förderung eines jeden Kindes an einem wohnortnahen Standort aus. Situationsspezifisch muss dabei abgewogen werden, wo und wie gefördert werden kann, denn das Wohl des Kindes steht im Vordergrund. Grundsätzlich ist die allgemeine Schule der Regelförderort. Hierzu müssen die Rahmenbedingungen für die Inklusion geschaffen werden. Es müssen bedarfsgerecht sonderpädagogische Kräfte an der Regelschule vorhanden sein. Eltern können aber auch weiterhin für ihre Kinder mit sonderpädagogischen Förderungsbedarf eine Förderschule wählen. Auch Förderschulen sollen eine inklusive Schule für Kinder mit und ohne Behinderung werden.

11. Zukünftige Schulplanungen müssen die Bedingungen der Region und des Sozialraumes berücksichtigen. Gerade für den ländlichen

Raum ist die Balance zwischen notwendiger Mindestgröße und der Wohnortnähe zu sichern und ausdrücklich im regionalen Konsens zu entwickeln. Dabei muss den neuen Herausforderungen Rechnung getragen und bei Bedarf mit der nötigen Flexibilität vor Ort agiert werden können. Bestehende Schulen dürfen nicht im Bestand gefährdet werden. Bei Neugründungen ist auf eine ausreichende Differenzierung der Fächer zu achten, um eine breit angelegte und fachlich gute Bildungsarbeit gewährleisten zu können. Es braucht Mechanismen der überörtlichen Konfliktlösung, falls sich ein regionaler Konsens nicht herstellen lässt.